

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Centralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Central-Frankei- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 13

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementsspreis: Mk. 1.— für das Vierteljahr.
Zu begießen durch alle Postanstalten.

Gotha, 30. März 1919
(Telefon: Nr. 174)

3-Sätze kosten 50 Pf. die einzelpflichtige Zeitung.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-
vermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pf.

33. Jahrg.

Seitige Auflage des Schuhmacher-Fachblattes 56500!

Gedanken zu Tagesfragen.

Die Unternehmerpreise entziehen sich jetzt vorwiegend Streit von Arbeitern. Und in die Klagen über die Mittel der Arbeit stimmen auch viele Organisationsteile ein. Streit, so läßt und hört man, verhindern den Weiterbau der zerstörten Wirtschaft. Deutschland steht vor einem wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch, vor Gefahr einer unheimlichen Hungersnot. Gelingt es nicht, den drohenden Gefahren zu begegnen, dann haben wir großer Teil der deutschen Arbeiterschaft im Vaterland verloren seine Existenzmöglichkeit mehr, er muß auswandern, sich in fremde Kolonialländer abheben! Darum, daß die Streit der Arbeiter selbst schädigen, soll man auf Sichtung der Produktion verzichten. Das nicht allein, ist nur solchen Streit unterlieben, Arbeiterschäfte veranlassen auch, daß die Arbeiter freiwillig mit einer Senkung angeblich zu hohen Löhnen einverstanden sein sollen, an den jüngsten Zähnen seien die Unternehmer nicht konzentriert; sie ließen daher nicht produzieren. Die Folgen in natürlich die gleichen, wie bei Streit. Es soll daher Eigeninteresse der Arbeiter liegen, nicht durch Übernahme Lohnforderungen die Unternehmenskraft gänzlich kampfen.

Denn Unternehmer und deren Agenten so reden, so ist es klarlich, denn es handelt sich für sie darum, die Schuhmachinery wieder gut in Funktion zu bringen. Überverständlich ist es, wenn sich Vertreter von Arbeiterschaften in derartigen Gedankengängen bewegen, die Lähmung der Warenherstellung, sowie die Erweiterung der Einfuhr von Lebensmittel, auch die Arbeiter schädigt, das ist eine selbstverständliche Sache. Aber kommt doch darauf an, welches Ziel der Streit hat, man mit ihm erreichen will. Von vornherein wußte ich, daß der Krieg mit seinem wahnsinnigen Verwüstungen Arbeitern vor allem die Arbeiterschaft in unerhörter Weise schädigte, ihre drückende Lasten auferlegen würde, sie schwere Blutopfer würde bringen müssen. Dieselben jedoch, die nun nicht genug über die funstlosen, die aktion störenden Streite jammern können, sie waren mit allen Mitteln für das Durchhalten sich insgelegen. Beifallsfalls waren sie so einsichtlos, zu sagen, die Beteiligung an dem tollen Vernichten von Männern und Gütern wäre die deutsche Arbeiterschaft vor größeren Schäden befreit, als sie unter allen Umständen mit dem Einsatz des eigenen Lebens und der wirtschaftlichen Erfüllung im Raus nehmen müssten. Dabei ging allerdings von der ungünstigsten und fiktivsten Sicht aus, daß Deutschland gegen siegen sollte, um dann auf das Proletariat des besiegten Landes abstimmen zu können. Der Krieg dann war ja bei dem überwundenen Land gemacht worden. Setzen sich schließlich auch die Auswirkungen unserer Durchhalter erfüllt, die Kosten man selbst mit dem glorreichen Siege nicht wieder gemacht haben.

Wie liegen die Dinge nun? Der Krieg hat und Opfer gezeigt, wie sie sehr die düstere Ausgang nicht gezeigt. Der Fabrikat, das Verbrecherische und Unmenschliche kapitalistischen Wirtschaftssystem hat dies klar gezeigt. Der Kapitalismus will jedoch nicht sterben. Er will weiter diktatorisch herrschen. Und dann: sein Bestreben geht dahin, die ganze Wirtschaftsstadt, die und als Erbe des Krieges überkommen, auf unverzichtbare Industrie abzustimmen. Sozusagen für die Kriegszeit, die zum großen Teil und Widergerüsten bestimmt ist. Die Arbeiterschaft demandiert gleichzeitig gemacht. Dagegen hat zu wehren, ist nicht aus ein Recht, die Pflicht des Proletariats, das nicht in trostlosem Sterben verfallen will.

Unserheit und ja man auch die Durchhalter für die Ausbildung, oder da die Unternehmer und ihre Geschäftsführer, das Bürgeramt, die hoch entwickelten, überzeugt die Kapitalisten der kapitalistischen Wirtschaftswelt, gegenüber den Vorberichten des Kriegs mit passiver Reaktion drohen, welche Arbeiterschaft die hohe Schuhmacherschaft zurück, bis hin-

besser sollen, aus Rücksicht auf die notwendige Produktion, ihre Interessen selbst verraten.

Gegen die egoistischen Machenschaften der Kapitalisten und ihrem Anhang sieht man nicht moralisierend und mahnend zu Felde; vor den Jägern nach arbeitslosen Einwohnern verlangt man keine Rücksicht auf das Allgemeinwohl. Um ihre Herrschaft zu behaupten veranlaßt und verordnete die machende Bureaucratie schon wiederholte Streit der Beamten und der abhängigen Arbeiter. Wir waren da die Durchhalter mit ihren Entwicklungen über die Schwächung der Allgemeinunterstützung vertraut. Es ist wirklich nur noch als ihre Aufgabe, Verhandlungen zu unterstützen, die den Zwecken des Kapitals dienen, Maßnahmen der Arbeiterschaft zu hindern, die sie von der kapitalistischen Diktatur befreien sollen?

Während manche Arbeitervertreter all ihren Geist verloren, um die Arbeiter sehr leicht zu machen, sie zu veranlassen, zugunsten der Gesellschaft, die aus der Ware Arbeitsschafft Profit erwirtschaftet, auf berechtigte Lohnforderungen und vor allem auf den Kampf zur Verbesserung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung zu verzichten, denkt die andere Seite sehr angemessen an die Vereicherung der eigenen Tasche, auf Kosten jener natürlich, die entflagen sollen. Klarlich hat z. B. der Stahlwerksverband wieder eine Erhöhung der Preise beschlossen. Die Steigerung macht mehr aus, als der Preis der bestehenden Erzeugnisse im August 1918 überhaupt betrug. Damals kosteten Blätter 82,50 Mk., Städteisen kostete 63,50 Mk., nur hat man für beide Erzeugnisse den Preis ab 1. März um 100 Mk. erhöht. Vorher waren die Preise schon einige Male dinaufgestellt worden, so daß sie nun fast 5 mal so hoch sind wie bei Ausbruch des Kriegs! Sind etwa die Löhne auch in dem gleichen Maße gestiegen? Bei weitem nicht! Zugleich fordern Arbeitervertreter mit den Unternehmern zusammen: Arbeit bei Löhnen!

Selbstverständlich fehlen auch die Arbeiter nicht, wenn es heißt, die Peine zu füllen. Sie schreien ebenfalls nach einem Abbau der Löhne, gleichzeitig aber fordern sie: Erhöhung der Preise. In der "Deutschen Tagessch." Nr. 28, dem Organ der Großhändler, erklärt ein Kaufmann, in diesem Sache würden Selbstversorger einzig Schweine für den eigenen Haushalt mästen, sollte die Regierung ihnen das Recht des Hausschlachtens nehmen wollen, dann würden sie gar keine Schweine aufziehen. Reiz reichender Zusatz wird bei den jüngsten Preisen Schwabens für die Allgemeinheit mißtun. Weiter waren am 17. Februar 1919 im Rheingau zu Berlin die Städtebauer vereinigt. Sie führten einen Schiedsgericht gegen die Arbeiter und die Kaufleute zugleich auf. Die Löhne sind kaum zu hoch. Darum verlangen sie die Löhne billiger, anständlicher westlicher Industriekräfte — in Deutschland gibt es ab 1. März 100 Arbeitseinsätze. Geben fordert diese Herren die Freigabe der Kinderarbeit, dagegen Arbeitseinsatz. Besonders ist bei den Arbeitern ein Punkt, darüber gekommen ist weiter, daß der Preis für Rohstoffe um mindestens 40 Mk. für den Sinternt erhöht wird. So treten Arbeiter vor das verurteilt und verdiente Volk, den Arbeitern eben empfohlen man — — steht nicht! Eine tolle Welt!

Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie.

Was dem "Arbeits-Fachblatt" verzeichneten im Monat Januar die berichterstattenden Arbeitsnachweise für die Schuhindustrie 538 (Dezember 534) Arbeitsuchende. 7829 (5719) offen, und 2646 (1649) besetzte Stellen. Während die Zahl der Arbeitsuchenden wenig gestiegen, hat die der offenen Stellen eine erheblich weitere Vermehrung erfahren, ebenso auch die Zahl der besetzten Stellen, die aber in einem Währungsverhältnis zu den ersten beiden Zahlen steht. Auf 100 offene Stellen kamen 93,5 Arbeitsuchende gegen 92,5 im Dezember, so daß im Januar wieder eine erhebliche Verschiebung zugunsten der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt der Schuhindustrie eingetreten ist. Da den größeren Anzahl-

Stellen gestaltete sie der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie so:

	Arbeit suchende	Offene Stellen	Gesam- Stellen
Preußen	2672 (2566)	4887 (5006)	7719 (1082)
Bavaria	1844 (2041)	1884 (1114)	347 (237)
Sachsen	362 (188)	363 (133)	188 (67)
Württemberg	163 (178)	408 (482)	110 (110)
Hessen	140 (94)	266 (269)	70 (26)
Oldenburgische Grafschaft	160 (249)	329 (261)	79 (49)
Hamburg	21 (14)	8 (7)	9 (4)

Die einzelnen Staaten weisen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage sehr große Verschiedenheiten auf. Während in Preußen fast noch einmal soviele offene Stellen als Arbeitssuchende vorhanden waren, in Baden fast das dreifache und auch in Hessen bedeutend mehr, gab es in Bayern, Sachsen usw. bereits mehr Arbeitssuchende als offene Stellen.

In den Berichten der Industrie wird über die Geschäftslage der Schuhindustrie gesagt: „Ende der Schuh- und Stiefelindustrie wird berichtet, daß die Beschäftigung im Januar gut, teilweise sogar sehr gut war, da nach wie vor durch die Gewerkschaften derselbe die Nachfrage augestellt und anderseits der größte Teil der Waren abgenommen und verteilt wurden. Da der Mangel an Facharbeiter durch die erfolgte Gewerbsaufschwung ziemlich überwunden werden konnte und in der letzten Zeit größere Erzeugnisse von Leder benötigt wurden, konnte die Herstellung gegen die Normale hervorragend fortgeschreiten. Diese ungünstigen Verhältnisse dürften wohl erheblich werden. Die ungünstigen Verhältnisse dürften etwas nachlassend auf das Geschäft ein. Auch macht sich der Mangel an Oberleuten stark bemerkbar.“

Die Endnahme von Personen besteht nach dem Sonderbericht der Arbeitsmarktnachrichten aus dem Schuhmacher, so in Ost und Westpreußen, Schlesien, Sachsen (sonstwo in Niedersachsen, Hessen, Westfalen, Rügen und Waldeck, Westfalen und Lippe, Niedersachsen und Württemberg) und Sachsen-Anhalt möglich und sie waren fast überall gefüllt und nicht immer in genügendem Maße zu beschaffen. Bild der Provinz Sachsen und Sachsen wird berichtet: „Die Schuhindustrie lag in März 1919, während sie in Westfalen gegen Ende des Monats wieder in Gang kam.“

In England war die Schuhindustrie von 1918 bis 1919 die Organisation praktisch Ende Dezember 80 000 Menschen mehr als im Dezember 1918.

Und Amerika wurde berichtet, daß im März 1919 25 000 Schuhmacher für den Exportbestand produzierten. Da der Krieg als bestreitbare Krieg in der Schuhindustrie weite, da in der relativen Überproduktion die Überschließung der Urfache und Wenn die Zahl der Arbeitsuchenden bestreitbar gering ist, so darum, weil nach dem Bundesratsschluß vom 3. August 1918 Untersucher keine Arbeitsuchungserhebungen wegen Mangel an Aufträgen verhindern dürfen, sondern die Arbeitszeit reduzieren müssen. Entlassene Arbeiter, die nicht wieder anderweitig Beschäftigung erhalten, also arbeitslos stehen, müssen von den Unternehmen unterstützt werden.

Sozialisierung der Schuhindustrie.

Sozialisierung, Verstaatlichung oder Vergesellschaftung der Produktion und Verteilung der Produkte der Schuhindustrie.

Ist es Bedürfnis oder Notwendigkeit? Läge ich mir diese Frage vor, so muß ich verschiedene auch beantworten und zwar sowohl vom Standpunkt des Arbeiters wie im Interesse des Staates. Für den Konsumen liegen die Verdienste jenseitig bestätig, daß es unbedingt notwendig ist, die Produktion von Schuhwaren und die Verteilung derselben zu verstaatlichen. Der Staat an guten Schuhwaren kann ganz nicht gebraucht werden,

große Rang an Rohstoffen, Fodder und Nutzestoffen. Der Leb-verteilung unter staatlicher Kontrolle sollte der Produktion ausg die Vergesellschaftung der ganzen Schuhindustrie folgen. Der Staat, vom Volle gebildet, über nimmt die Pflicht, für das Wohl des ganzen Volles zu sorgen. Als endgültige Organisation wird er im Laufe sein die nötigen Rohprodukte billiger vom Auslande zu erhalten als der private Unternehmer mit seinen Profitinteressen. Die Verteilung der fertigen Produkte könnte einfacher und billiger gestaltet werden und dürfte wohl keinen Aufschlag von 40 Prozent auf den Herstellungspreis aufzuordnen, wie dies bei dem Herrn Schuhhändler der Fall ist, der 40 Prozent auf den Einlaufspreis aufschlägt. Wirtschaftliche Produktion und Verteilung, selbstverständlich auch in Zeder mit Aufbau der Rohstoffe verbunden, könnte ohne Zweifel ein Paar Schuhe zu 30 Prozent des jeweiligen Preises abgegeben werden. Durch Socialisierung erreichen wir eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter. Die Arbeiterschaft leidet unter dem Zwang der kapitalistischen Produktionsweise, leidet in dem Gewichtstein, nur in Interesse des Kapitals seine Arbeitskraft verlieren zu müssen, um den Anteil am Gewinn, sei es in Produktion oder Handel, einem Unternehmen zu lassen helfen. Im Gegensatz erregt die geschickliche Produktion im Arbeiter das Bewußtsein, für sich und seiner Mitmenschen Wohl zu arbeiten, bedingt infolgedessen mehr Arbeitslust und Arbeitsfreude. Somit ist die Arbeiterschaft gerne bereit, sich in den Dienst des Volkes zu stellen, sei es durch das Volk. Der Einwand, daß bei dem herrschenden Rang an Rohstoffen die Produktion sich nicht voll entfalten könnte, ist zutreffend, kann und darf aber nicht ausgeschlagend sein, um die Vergesellschaftung der Produktion aufzugeben. Nehmen wir an, die derzeitigen Besitzer erhalten Entschädigung in Kapital oder Renten, die sozialen Errichtungen erforderten höhere Ausgaben, bedingten eine Wertsteigerung um 10 Prozent, so können wir im Hochstalle auf 80 Prozent des jetzt üblichen Dreiecks, Verbilligung der Produktion ist eben nur möglich mit Vergesellschaftung, bedecken, wenn eben nicht die Arbeiterschaft benachteiligt werden soll. Die Durchführung der Vergesellschaftung der Schuhindustrie mit ihren technisch hochentwickelten Betrieben, mit einer hochstehenden und gebildeten Arbeiterschaft ist möglich, und im Interesse des Volles nicht nur Bedürfnis, sondern Notwendigkeit. Darum Kollegen, Freiheit und Wohl tragt die Idee des Sozialismus ins Volk. Nam Sozialismus freie Boden. Georg Bitter.

großteils. Die Schönheitsgegenstände auf die Exporte begrenzt. Die Ware abzuwarten, ist ebenfalls nicht angebracht, dazu sind die Verderbungen viel zu hoch. Es fragt sich, was geschehen soll. Die Arbeitgeber haben wenig Einfluss, die Arbeitnehmer sollen Befehren zu befolgen. Da kann nur die Regierung eingreifen. Läßt sie das nicht, dann ist der völlige Zusammenbruch nur noch eine Frage der Zeit. Bis zur ersten Tagung der Rationalisierungskommission muss es vielleicht schon losgehen.

Sicher daß unser Fabrikantengemäß aufgeatmet, als es die Erfüllung zu Papier gebracht und seinem Organ überstand hat. Für den Arbeiter sind die hohen Löhne zweifellos erstaunliche Errungenchaften. Das ist gar nicht so zweitelles, wenn der Arbeiter und seine Familie konnte sich freudlich bei niedrigeren Löhnen besser füllt essen und trinken als heute bei den höheren Löhnen. Es steht aber zweitelles fest, daß die Löhne immer erst nach den kolossal Steigerungen der Kaufmannspreise und Bedarfsgegenstände einfielen und seitens so hoch liegen, daß sie einen Ausgleich bilden. Und wer hat denn diese Steigerungen verschuldet? Waren es nicht die Unternehmer und Eigentümer, die den Kriegswucher bis zum Wahnsinn getrieben haben und noch treiben? Haben diese Herrschäften nicht selbst während des Krieges jede Brüste, darunter auch die Schuhindustrie, eingeschafft?

Nicht eine Lohnordnung bestimmt, wohl aber eine wilde ungezielte Anarchie der Warenpreise, unter welcher die Arbeiter am furchtbaren zu leiden haben. Unter unserem Beruf findet die Löhne durch Tarif geregelt, ebenso die Warenpreise, die die der Unternehmer die Löhne laut Tarif einschreibt.

Was soll also das Gedächtniß!

Was nur auf das Gewerbeziel!
Es ist doch jedenfalls besser, als die Kriegsgewinne in die
leidenden Künste fließen, daß der Arbeiter, der aus
Steuerzahler ist, sein legitimes Lohn davon erhalten
hat, um sein und seiner Familie Leben zu erhalten.
Wollt die Arbeiter lo schwarz zu belogen sind, den Schmach-
tieren noch einger zu ziehen soll die Regierung eingreifen
den armen Fabrikanten ihren Brost zu sichern, denn es sei
nicht angängig, die Lohnsteigerungen auf die Waren aufzu-
wölzen. Warum nicht? Bis jetzt ist es doch geschehen und
die Unternehmer sind nicht dabei gelabt. Erst kommt
man für billige Nahrungsmittelepreise, und alles was daran
aufzuhängt, dann können wir darüber weiter reden. —
Eine Brände kann aber überzeugt nicht allein in diese
drose Entscheidungen treffen.

Der „Schuhmarkt“ hat eine Entscheidung getroffen, indem er aus einem von uns abgebruchten Protest, der vom Deutschen Reich und allen Gewerbe- und Handelsvereinen gegen verschiedene Maßnahmen der Verteilungspolitik der Schuhindustrie Wirkung erzielt, einen Gegenprotest anstrebt: uns und den Arbeiter Simon, welcher Mitglied des Verwaltungsausschusses für die Schuhindustrie ist, zu konfrontieren.

Das ist ein total mißlungenes Beruf. Für den Schuhjagd des Protestes, der von Parolen der Kriegsgegenseitigkeit spricht, haben weder wir noch Simon eine Verantwortung zu tragen. Was uns veranlaßt, den Protest einzunehmen, war lediglich die nach unserer Auffassung bestehende Färbte, daß die Verteilungsstelle die Schuhbändler zwang, Kriegsschüsse (Hohlglocke) bis zum Betrage von M 2000 in Gründen abzunehmen, für die sie keinen Anlaß haben. Und wenn sie die Annahme verweigerten, andere schwere Nachteile hätten. daß dieses Uebel befehligt wurde, daß vielleicht auch unerlaubt etwas mit beigetragen. Wenn der „Schuhmarkt“ lieblos einstieß, daß das „Gesetz“ auf die Schuhbändler nicht sonderlich gut zu sprechen ist, so beweist doch gerade unsere Stellungnahme in dieser Halle das Gegenteil. Wir werden immer und allezeit kämpfen und Ungerechtigkeiten trifftieren und bekämpfen, wo wir uns begegnen und damit wollen wir uns bestimmt aus unserem Kollegen Simon in Sachen wie diesem ausspielen.

Aus unserem Beruf.

Dass unter Kollege Schon von dem betriebslichen Telefonat zum bürgerlichen Handelsminister ernannt wurde, wird unserer Leute schon aus den Tageszeitungen bekannt sein. Der Schubmarkt knüpft daran folgende Bemerkung:

Der „Schuhmarkt“ trug nun folgende Bezeichnung:
„Die Schuhmärkte“ eines Handelsministeriums für Bagatellen
waren. Es wird dadurch ein Wunsch verwirklicht, der schon seit
langen Jahren die Kreise von Handel, Industrie und Ge-
schäftsleute aus Schuhmacher und war in Schuhfabriken bestätigt,
wo er sich zum Kürschnerei und schließlich zum Geldab-
holer einer größeren Schuhfabrik eingeschoben hatte. Seit
1900 war Simon erster Vorsitzender des Zentralverbandes
der Schuhmacher Deutschlands, lett. 1907 Sekretär der Inter-
nationalen Schuh- und Lederarbeiter-Union. Eine Studien-
reise nach Nordamerika gab ihm Gelegenheit zur Erweite-
rung seiner Kenntnisse. Simon war Mitglied des Landtags
und des Gemeindedollegiums in Fürth. Es ist jedoch nicht
ausgeschlossen, daß eine Wiederholung infolge eintretet
als Simon das Ministerium des Innern übernahm, während
der bisherige Finanzminister Dr. Daffé am Ende seines

Über die hohen Löhne der Arbeiter in der Schuhindustrie und über ein Schuhabonnement in das Fachblatt „Schuh“ und Schuh-Zeitung wird aus.

Bauer, wie folgt aus:

„Böhme“ erhält weniger Arbeit, das ist die Verschärfung des Tages im republikanischen Staate. Eine weitere Begleiterscheinung ist die Arbeitslosenunterstützung. Für den Arbeitnehmer sind das zweifellos entzückliche Errungenschaften. Es fragt sich nur, wie lange die Herrlichkeit dauert. Darauf ist jedoch jeder Einzelne klar, daß das Unternehmertum die umgedrehten Salten auf die Dauer einfach nicht tragen kann. Und wenn die letzten politischen Nachbarländer nicht zu dieser Einsicht ausführen können, beginnen die Arbeitnehmer nicht zu überzeugen vermögen, kommt es unvermeidlich zum wirtschaftlichen Zusammenbruch. In Zeiten der Hochkonjunktur hätten Entlohnungsversprechen wie sie jetzt beim Unternehmertum zugemutet werden, vielleicht möglichst, doch durchzuhalten, nicht aber in Zeiten des Arbeitsmangels. Es ist doch logisch, daß die weltweit meisten Bezieher einen großen Teil ihrer Erzeugnisse auf Vorrat oder weiter lassen müssen. Dieser Zustand kann unmöglich in Ewigkeit gehen. Eine vernünftige Bohnregulierung ist des rechtig, aber was wir jetzt haben, ist Bohn-tharact, und nicht zu logen Bohnism. Wird doch der professionelle Bauer gegenwärtig mehr böser entlohnt, als der geling Arbeitnehmer. Das Recht hat das Demobilisierungsgesetz von Übernehmen Bohnerwerben gewahrt. Die Endfik, die Kriegsgemeinde sollten in Form hoher Löhne den Arbeitnehmern zugute kommen, ist durchaus vertiebt. Würden die Krieger gewinne auf diese Weise aufzubrauchen, von was sollte dann die Kriegsteuer gezielt werden? Dadurch würden nur die Bassen der Allgemeinheit vergrößert. Durchaus vertiebt ist auch die Meinung, daß die Unternehmervelmine der letzten Jahre einfach „bluten“ müßten. Ein großer Teil der Unternehmen, Unternehmen hat bekanntlich die Form der Aktiengesellschaften. Der von diesen erzielte Gewinn ist zu einem der größten Teile mittels Dividenden verteilt, also in den ersten Fonds aufgeteilt. Wie der Gewinn nicht ausreicht,

ter. Die Sozialreformen auf die Grundsätze bezogene
ware abweichen, ist ebenfalls nicht angängig, dazu sind
Veränderungen viel zu hoch. Es liegt sich, was geschehen
sollte. Die Arbeitgeber haben wenig Einfluss, die Arbeitnehmer
sollten sie bekommen. Da kann nur die Regierung
seinen Willen tun. Sie kann das nicht, für den vollen Sozial-
konsens nur noch eine Frage der Zeit. Bis zur ersten
Sitzung der Nationalversammlung wird so zielstrebig schon
etwas vorgehen.

Seitens der Gewerkschaften, dem Zentralverband der Gewerkschaften und den Gewerkschaften sind die Maßnahmen ergriffen worden.

Schuhmacher, wurde ein Reichstarif angefertigt und von der Reichs-Zentral-Immungsoberstand in Berlin eingereicht. Unter dem Datum 14. 4. darüber bereits verlostet, wenn diese Forderungen noch nichts von der zuständigen Stelle, wie mit den Borsarbeiten hierzu gegeben sind. Da man bis zum 30. 6. die Verhandlungen des Reichstarifs nicht voranbringen kann, verlangt die Gesellschaft für die Übergangszeit Währungsfestigung auf Arbeitseinsatz, Bezahlung eines Mietdienstleistungsbetrags von 1.50 RM. für Reparaturen und 2 RM. für Reparaturen, um ihren Kollegen in der Schuhindustrie gleichgestellt zu halten. Diese Forderungen wurden dem Immungsoberstand unterbreitet, um Verhandlungen darüber einzuleiten. Der Immungsoberstand hat hierauf sofort eine Sitzung einberufen und in Verhandlungen eingetreten. Die Gesellschaftenfamilie und hier die Forderungen nochmals revidiert, darunter Belehrung der Arbeitseinsatz, welche einer Volksversammlung der Reiter unverkennbar werden soll. Diese Bestimmung kommt den Forderungen Stellung genommen und sie als unannehmbar und zu hoch bezeichnet gegenüber den oben bereit Berufen. Durch eine eingesetzte Kommission sollen jetzt die Verhandlungen weitergeführt werden. In der kurzfristig anstehenden Kommissionsfahrt, in der mehr theoretische Ausführungen von den Reitern gemacht werden, soll die politische Urteil eine Einigung herbeiführen, werden auch revidierte Forderungen als unannehmbar behauptet. Die Westfälkommision batte ein gesundes Mandat für Leipziger Tarif einzutreten und der Gesellschaftenfamilie zu nehmen empfohlen. Da dieser Tarif den Gehaltsverhältnissen auch nicht durch die Verhältnisse wieder überholen konnte man nicht darauf einkommen. Wettern Auseinandersetzungen würden nicht gemacht und müssten die Verhandlungen peinlichst abgebrochen werden. Beide Parteien sind bereit, sich einem Schiedsgericht des Schiedsgerichtsausschusses oder dem Gewerbegericht zu unterwerfen und einen Schiedsgericht über die strittigen Punkte, wie Feststellung der Höhe noch Alterklassen, prozentuale Abschläge der Überarbeit und Gewährung einer 20 prozentigen Lohnsteigerung herbeizuführen. Die hierzu erforderlichen Schritte eingeleitet.

Bezirkstourferenz vom Bezirk

Am 9. März lagt im Volkshaus zu Dresden die ordentliche Bezirkskonferenz für Sachsen und Schlesien. Konferenz war durch 44 Delegierte, darunter 2 Regierungsmitglieder aus 23 Orten besucht. 19 Orte waren nicht vertreten. Bezirksleiter Kollege Weise begrüßte die Delegierten in der Fabrikstelle Dresden und der Bezirksleitung und wünschte den Besuchern eine gute Reise. Die Konferenz versammelte sich um 10 Uhr. Ins Bureau wurde gewählt Weise und Jädel als Vorsitzende, Klein und Weiß als Schriftführer. Als Tagesordnung wurde festgestellt: 1. Bericht der Bezirksleitung und die Lage in Sachsen; 2. Der Reichstagswahlvertrag.

bedeutend höher ist wie in Sachsen.

Durch die Einführung der Reichsobsttarif wurde die Fertigkeit der Belegschaftsleitung nicht vermindert, nur ein höheres Gebiet erreicht. In 80 Betrieben waren in diesen Differenzen vorhanden. Diese entstanden mehrheitlich auf die Dauer des Bestehens des Reichsobsttarifs. Die Arbeitern waren überwiegend der jüngere Teil bei der Führung des Tarifs, die Organisation die Bermecke der Arbeitnehmer. Die Organisation und deren Tarif hatte dadurch viel Arbeit zu verrichten. Den Tarif für den Erntearbeiter, die die Tätigkeit bedeutend größer 1918. Durch die Zwangswirtschaft in unserem Betrieb es auch den stillgelegten und kapitalkondensierten Betrieb sich. Hoffnungen zu erhalten. Darauf trete die Arbeit nicht so hart in die Erziehung, als in vielen anderen Betrieben. Die großen Unternehmungen streben die Zwangswirtschaft zu bestreiten und die freie Produktion wieder einzuführen. Wenn man hinsichtlich nichts

Bekanntmachungen des Centralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß
die Woche vom 24. März bis 30. März der 12. Wochenzahl
falls fällig ist.

Wir bringen unseren Mitgliedern hiermit
die Kenntnis, daß unser Verbandsvorsteher
Kollege Simon wegen Ausübung seiner Tätigkeit
als bayerischer Handelsminister einstweilen
auf unbestimmte Zeit beurlaubt ist, daß er aber
sonst in allen wichtigen Verbandsangelegenheiten
mitwirkt.

Wir machen unseren Ortsverwaltungen und Mit-
gliedern darauf aufmerksam, daß die Änderungen des
Reichsarbeitervertrages für Stoffschuhwerk vom 7. Dezember
1918 nunmehr auch für alle Militärmontagebetriebe
und Militär-Justizfestungsbetriebe mit Rücksicht
vom 1. Dezember 1918 ab gültig sind.

Durch Rundschreiben des Überwachungsausschusses
der Schuhindustrie sind die in Frage kommenden Be-
triebe angehoben worden, diese Änderungen sowohl
hinsichtlich der Herstellung von Stoffschuhwerk als auch
den Militärshuhwerk und Militär-Justizfestungsbetrieben
einzuführen.

Nach einer Abstimmung des Centralratstagsausschusses
wurde beschlossen a. d. Propri mit Wirkung vom
15. Februar 1919 in die gleiche Ordnung eingestellt.

Der Zentralrat Halle a. S. wurde auf deren Antrag
die Genehmigung erteilt, vom 1. März ab von den Mit-
gliedern in allen Klassen einen Kolabteilung von 10 Pf.
pro Woche und Mitglied zu erheben.

Der Zentralrat Wiesbaden wurde genehmigt, vom
1. April ab von den Mitgliedern der 1. Klasse 5 Pf.
und von den Mitgliedern der 2. und 3. Klasse 10 Pf.
Kolabteilung pro Woche zu erheben.

Der Zentralrat Chemnitz wurde genehmigt, vom 1. April
ab von den Mitgliedern in allen Klassen einen Kolabteilung
von 10 Pf. pro Woche zu erheben.

Den Zentralräten Ulm a. d. O. und Stuttgart b. Berlin
wurde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. April
ab von allen Mitgliedern einen Kolabteilung von 5 Pf.
pro Woche und Mitglied zu erheben.

Für meine Schuh-Beschaffwerkstätte verbunden mit Maßarbeit, tüchtiger Fachmann als Leiter

Von einem großen Schuhgeschäft in Baden ge-
sucht. Derselbe soll tüchtiger Zuschneider und
Schuhfachmacher sein und genügende Erfahrung haben,
um den Betrieb mit 10-15 Art. der seitherig übernommen zu können. Hoher Lohn, evtl. kann
später die Werkstatt auf eigene Rechnung über-
geben werden zur Lieferung an mein Geschäft.
Offeran unter F. R. an die Exped. dieses Blattes.

RAT für feinste Arbeit!
1 tüchtiger Schäftermacher
bei hoher Lohn und höherer Bezahlung für sofort
gefordert. Rost und Fadig im Dienst. Angebote nach
Schuhbeschaffanstalt u. Schäftermacherel
Remscheid, Blumenstr. 6.

Mehrere tüchtige
Schuhmacher
für kleine Damen- und Herrenböden, ebenso für
Sohlen gesucht. Dauernde Stellung bei hoher
Lohn.

Schuhhaus Friedrich Schröder,
Freiburg i. Br., Kaiserstr. 74.

Schuhmacher gesucht
hoher Staubentlohnung
Sonne, Magdeburg, St. Osterkirchstraße 244.

Schuhmacher
schäfeln Schuharbeiten, Loden 25. — Mr.
H. A. Gutmann, Kiel, Seestraße 133.

finden im "Gute
menschliche Arbeit"

Die eingetragene Gesellschaft macht mit
darauf aufmerksam, daß die Nichtüberzahlung dieser Extra-
Beuer die Folgen des § 4, Abs. 1 nach sich zieht.

Rünenberg, den 22. März 1919.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Braunschweig. Ferdinand Rothe, Schöppenstedterstr. 48,
1. Bez.; August Grotenwohl, Langest. 12, 2. Bez.; Albert
Hohmann, Goßlarstraße, 8. Bez. Sämtliche Inschriften
sind an den 1. Bez. zu senden. Untersuchungen zählt
der 2. Bez. in der Zeit von 12-2 Uhr aus.

Gera. Gustav Haugut, 1. Bez.; Hedwig Rießle, 2. Bez.;
Walter Rießle, 3. Bez. Untersuchung zählt der 2. Bez. von
8-1 Uhr Bleibladerode, 33 aus. Versammlungsort ist
Michael Rießle.

Konstanz. Hans Grobmann, Blarerstr. 4, 1. Bez.; Josef
Ehlinger, Gollerstr. 11, 2. Bez.; Josef Oberreiter, 3. Bez.;
Abraham und Rosa, Revieren.

Leipzig. Das Verbandsstofel befindet sich im Fab. Hof.
Die Ratsunterstützung wird mittags von 12-3 Uhr bei
dem 2. Bez. in Storch, Kirchenstr. 273 ausbezahlt.

Leipzig. Karl Munk, L. Schötter, Eichstädtstr. 15, 1. Bez.;
Gustav Bärenreuter, Bleichstr. 26, 2. rechts pt., 2. Bez.;
August Ringel, 1. Bez.; Jürgen und Hubner, Revieren.

Peine. Alfred Barge, Hohenholzenerstr. 24 II, 1. Bez.;
Karl Schwabe, Wallstr. 11 II, 2. Bez. Untersuchung zählt
der 2. Bez. und Berndorfstr. und Herberge: Gris

Schuhmacher, Eulendorf 2.

Dirma. Alfred Reich, Schubgesse 3 II, 1. Bez.; Karl
Dohmann, Bleichstr. 1, 2. Bez.; Emil Schöne, Kopis,
Villingerstraße, 2. Bez.; Paul Graud, Mägeln und
Paul Kirch, Kapit, Revieren; Karl Hoffmann, Dirma,
Kartelldelegierter, Stellvertreter: Otto Leupert, Mägeln.

Sämtliche Untersuchungen zählen der 2. Bez. montags
von 8-9 Uhr abends und alle Inschriften sind an den
1. Bez. zu richten.

Dresden. Johann Bauer, Haus Nr. 50, 1. Bez.; Johann
Hagen, 2. Bez.; Christian Gareis, 3. Bez.; Heinrich
Deggemann und Christian Vogel, Revieren. Die Unter-
stützung zählt der 2. Bez. Sonntag von 8-9 Uhr aus.
Versammlungsort: "Gärtner zum Löwengraben".

Schmid. Eduard Heining, Lindenberg, 1. Bez.; Louis Pauli,
Lobenstr. 16, 2. Bez.; Arthur Lippold, Ronneburgerstraße,
2. Bez.; Guido Senni und Karl Rothe, Revieren. Alle
Aufschriften sind an den 1. Bez. zu richten.

Mehrere tüchtige

Schuhmacher

auf feinste Damen- und Herrenböden, bei dauernder
Stellung und hohem Lohn für sofort gesucht. Rost und
Logis im Dienst.

Angebote nach
Schuhbeschaffanstalt und Schäftermacherel
in Remscheid, Blumenstr.

2 Damen- und Herren-Arbeiter

für ersten Tarif und erstklassige Arbeit und

1 Schäftermacher

ebenfalls für erstklassige Arbeit für dauernd per
sofort gesucht.

Versammlungen zwischen 10 und 12 Uhr oder
schriftliche Offerte.

Rid & Sohn, München.

Gute gebrauchs-

Fräsmaschine u.

Lederwalze
zu kaufen.

Mr. C. 1160. S. u. V., München.

2000 Paar Männer- und Frauen-Holzschuhe

Wollen eingehoben.

Mr. C. 894. S. u. V., München.

Militär-Kerneden gesucht und belohnt.

Erschließbare Stoffe f. Sodien u. Blätter Seiden 225. — Mr.

Wolldeckenblätter, großblättr. Str. 275. — Mr. Kleider-

sofie Seiden 220. — Mr. Dräger u. 10 Pf. an 1. Bez.

Mr. Hoffmann, Berlin-Friedenau, Körnerstr. 47.

Handstanzmesse

Größe I 8,00 DM. — II 7,50 DM. — III 6,50

Gebot 500 DM. Optiga.

Theo Steiner, Mersefeld 2, Gelsen-

kirchen.

Neuer Katalog (ca. 170 Abbildungen)

über Schnürschuhe
sofern erforderlich.

Verlag gratis und frankt.

C. Wölki, Berlin, Lothringerstraße 13.

Nachruf.

Überwasser pflichtlich nach am 1. März nach einer

Zeile.

Ernst Wiesel

im 20. Lebensjahr.

Seine schlimme Endzeit!

Die Schäßbelle Vergnügsstätte

Wiesbaden 1919.

Wiesbaden 1919.